

Infodienst der Kooperationsstelle 2026_04

(Gute) Arbeit

IWH-Tarif-Check: Tariflohnplus reicht nicht - Reale Nettoverluste im Länderdienst

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes der Länder haben sich auf einen neuen Tarifabschluss geeinigt. Für die ersten fünf Monate wurde eine „Nullrunde“ vereinbart. Die erste Tariflohnerhöhung von 2,8%, mindestens jedoch 100 Euro pro Monat, erfolgt ab April 2026. Elf Monate später folgt die nächste Anhebung um 2,0%. Zum Ende der vereinbarten Laufzeit im Januar 2028 werden die regulären Tabellenentgelte nochmals um 1,0% erhöht. Die Tariflohnzuwächse dürften damit leicht über den erwarteten Preissteigerungen liegen. Die derzeit absehbaren zusätzlichen Belastungen durch weiter steigende Sozialabgaben und höhere Lohnsteuern können dadurch jedoch nicht vollständig ausgeglichen werden.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866234>

Eine Abschaffung von Minijobs würde die Nettoeinkommen der Betroffenen reduzieren

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Aktuell wird diskutiert, Minijobs schrittweise in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu überführen. Nach Berechnungen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) würde dies bei etwa vier Millionen betroffenen Minijobbern Zusatzeinnahmen der Sozialversicherungen in Höhe von 4,5 Milliarden Euro im Jahr 2026 zulasten der Nettoeinkommen der Betroffenen bedeuten.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866229>

Wie staatliche Ausgaben die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt verschieben

Bergische Universität Wuppertal

Wenn der Staat mehr Geld ausgibt, kann das für höhere Löhne bei den Arbeitnehmenden sorgen. Herausgefunden hat das ein internationales Forschungsteam unter Beteiligung der Bergischen Universität Wuppertal. Ihre Studie veröffentlichten die Forschenden nun in einer der führenden Fachzeitschriften der Volkswirtschaftslehre, dem Economic Journal.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866373>

Studie: Mythos vom „arbeitsunwilligen Arbeitslosen“ dient als Legitimation für Sozialkürzungen

Universität Bremen

Die Erzählung vom arbeitsunwilligen Arbeitslosen ist empirisch kaum haltbar, erfüllt aber eine politische Funktion: Sie legitimiert restriktive Reformen, individualisiert strukturelle Arbeitsmarktprobleme und verstärkt Stigmatisierung. Das zeigt eine Analyse von Institut für Arbeit (iaw).

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866478>

Digitalisierung und KI

Die KI-Wissensfalle: Wie künstliche Intelligenz zum Wissensverlust in Unternehmen führen kann

Universität Passau

Durch KI-Einsatz verlorenes menschliches Fachwissen kann im Zeitverlauf die Qualität ebendieser KI beeinträchtigen – im schlimmsten Fall schleichend und unbemerkt. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie von Forschenden der Universität Passau und der Arizona State University, die kürzlich in der renommierten Fachzeitschrift „Academy of Management Review“ erschienen ist.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866079>

KMU in Deutschland werden zunehmend digitaler und KI-affiner

Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind in den vergangenen Jahren deutlich digitaler und KI-affiner geworden. Dies zeigt die Auswertung der Eurostat-Datenbank durch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IfM Bonn.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866216>

Nachhaltigkeit und Klimawandel

Konflikt Soziales versus Ökologie muss ausgehandelt werden

Evangelische Hochschule Freiburg

Mit dem Forschungsprojekt „Soziale (Un-)Gerechtigkeit in der Energiewende“ soll ein besseres Verständnis für die sozialen Dimensionen der Energiewende entwickelt werden. Denn die Energiewende bringt gesellschaftliche Veränderungen mit sich, die sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf verschiedene Zielgruppen haben können. Menschen mit geringem Einkommen sind oft besonders von den Folgen des Klimawandels sowie den Kosten von klimapolitischen Maßnahmen betroffen, ohne dass ihre Perspektiven ausreichend berücksichtigt werden. Der Widerspruch zwischen sozialen und ökologischen Interessen ist Ergebnis der politischen Gestaltung der Energiewende und damit auch veränderbar.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866124>

Politik & Gesellschaft

Altersvorsorgereform: Mit 85 in die Altersarmut? Jede*r Zweite unterschätzt die eigene Lebenserwartung

Fachhochschule Dortmund

Bundestag und Bundesrat beraten aktuell das Altersvorsorgereformgesetz, mit dem die Bürger*innen eine Wahlfreiheit zwischen einer lebenslänglichen Rente oder neu einem zeitbefristeten Entnahmeplan mindestens bis zum Alter von 85 Jahren erhalten sollen. Ein Experiment der Fachhochschule Dortmund zeigt, dass sich Verbraucher*innen oft aus Unkenntnis ihrer Lebenserwartung für die abgekürzte Zeitrente entscheiden.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866035>

Vertrauen in politische Institutionen hängt mit dem Gefühl gesellschaftlichen Eingebundenseins zusammen

Deutsches Zentrum für Altersfragen

Eine aktuelle Auswertung des Deutschen Alterssurveys zeigt, wie stark das Vertrauen in politische Institutionen und Akteure ausgeprägt ist. Die Analysen erfolgten vor der Überlegung, dass grundlegendes Vertrauen in politische Institutionen und Akteure gerade in Krisenzeiten notwendig ist. Denn Folgen dieser Krisen, wie Inflation oder Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen oder energiesparendes Verhalten werden eher von Menschen mitgetragen, die grundlegend in politische und ausführende Institutionen vertrauen.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866011>

Wie Rassismus in deutschen Behörden wirkt: Forschungsverbund veröffentlicht Ergebnisse einer Großstudie

Universität Leipzig

Rassismus in deutschen Behörden zeigt sich selten in offenen Anfeindungen – er steckt in Routinen, in Entscheidungsspielräumen, im Klima einer Organisation. Wie genau er in den Institutionen selbst wirkt, fortgeschrieben und geahndet wird, war bislang kaum erforscht. Für die Studie „Institutionen und Rassismus“ (InRa) erhielten Wissenschaftler:innen an zehn Forschungsstandorten erstmals in großem Umfang Zugang zu staatlichen Institutionen: Über drei Jahre untersuchten sie Rassismus in Jobcentern, Ausländerbehörden, bei der Polizei, in Justiz, Gesundheits-, Jugend- und Ordnungsämtern sowie in der Sozialen Arbeit.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866123>

Gleichstellung: Wo gibt es Fortschritte, wo Stagnation? Neue Studie liefert aktuelle Daten zu fast 30 Indikatoren

Hans-Böckler-Stiftung

Untersuchung im Vorfeld von Equal Pay Day und 8. März Stand der Gleichstellung: Wo gibt es Fortschritte, wo Stagnation? Neue Studie liefert aktuelle Daten zu fast 30 zentralen Indikatoren Was hat sich zuletzt in Bezug auf die Situation von Frauen und Männern im Berufsleben getan? Wie groß sind die Ungleichheiten, wo gab es Fortschritte bei der Gleichstellung, wo Stagnation? Diesen Fragen gehen Dr. Yvonne Lott vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung und Svenja Pfahl und Eugen Unrau vom Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) in einer neuen Studie nach*.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866413>

Neues Portal zu Quellen des Rechtsradikalismus seit 1945 wird online veröffentlicht

Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)

Am Dienstag, den 3. März 2026, geht um 19 Uhr ein neues Portal zur Geschichte des Rechtsradikalismus online. Es bietet eine kommentierte Auswahl von bislang schwer zugänglichen Zeugnissen aus der Zeit zwischen 1945 und 2000. Sie verdeutlichen, wie sich die Ideologie, die Organisation und das Auftreten des Rechtsradikalismus entwickelte. Dazu zählen etwa Dokumente zur Holocaust-Leugnung, Aufrufe zur Gewalt oder zur Gewinnung von Zielgruppen wie Schüler*innen. Die Dokumente sollen künftige Forschungen anregen und in der Lehre und Bildungsarbeit verwendet werden. Über 30 Wissenschaftler*innen haben diese mit begleitenden Artikeln kommentiert, weitere werden folgen.

Link Deutsch: <https://idw-online.de/de/news866516>